

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M. Im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Vorkauf bezogen auf sämtliche Verhältnisse Deutschlands entgegengesetzt. Unter Umständen bezogen für Deutschland und Österreich 10,50 M., für das übrige Europa 11,50 M., für die Welt 12,50 M., per Brief für Deutschland und Österreich 10,- M., für die Welt 11,50 M., per Brief für Deutschland und Österreich 10,- M., für die Welt 11,50 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin S 2, Breite Straße 5-6.

Die wichtigste Anzeigenstelle oder deren Raum kostet 2,- M. einschließlich Verordnungsblatt. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Verordnungsblatt. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Gesamtpreis: Zentrum 2030, 2045, 4516, 4603, 4635, 4640, 4621

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Erlaß von Ausnahmemaßnahmen

Eine Verordnung des Reichspräsidenten

Berlin, 10. November.

Unter dem heutigen Tage ist folgende Verordnung des Reichspräsidenten ergangen:

Verordnung

des Reichspräsidenten betreffend die Stilllegung von Betrieben, welche die Bevölkerung mit Gas, Wasser, Elektrizität versorgen.

Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit für das Reichsgebiet folgendes:

§ 1.

In Betrieben, welche die Bevölkerung mit Gas, Wasser und Elektrizität versorgen, sind Aussperrungen und Arbeitsniederlegungen (Streiks) erst zulässig, wenn der zuständige Schlichtungsausschuß einen Schiedsspruch gefällt hat und seit der Verkündung des Schiedsspruchs mindestens drei Tage vergangen sind.

Wer zu einer noch Absatz 1 unzulässigen Aussperrung oder Arbeitsniederlegung auffodert oder zur Durchführung eines solchen Streiks an Maschinen, Anlagen oder Einrichtungen Handlungen vornimmt, durch die die ordnungsmäßige Fortführung des Werks unmöglich gemacht oder erschwert wird, wird mit Gefängnis oder Geldstrafe bis 15000 Mark bestraft. Ebenso wird bestraft, wer eine nach Absatz 1 unzulässige Aussperrung vornimmt.

§ 2.

Werden durch Aussperrung oder Arbeitsniederlegung Betriebe der genannten Art ganz oder teilweise stillgelegt, so ist der Reichsminister des Innern berechtigt, Notstandsarbeiten und Notstandsversorgung zu sichern, sowie alle Verwaltungsmaßnahmen zu treffen, die zur Versorgung der Bevölkerung oder zur Weiterführung des Betriebes geeignet sind. Hierzu gehört auch die Herbeiführung der Befriedigung berechtigter Ansprüche der Arbeitnehmer. Die durch derartige Anordnungen entstehenden Kosten fallen dem Betriebsunternehmer zur Last.

§ 3.

Arbeiter, Angestellte und Beamte, welche in Beachtung der Bestimmung des § 1 die Arbeit in den genannten Betrieben weiterführen oder gemäß § 2 angeordnete Notstandsarbeiten oder Arbeiten zur Sicherung der Notstandsversorgung leisten, dürfen hierfür in keiner Weise wirtschaftlich benachteiligt werden.

§ 4.

Diese Verordnung tritt mit dem 10. November in Kraft.

Berlin, den 10. November 1920.
Der Reichspräsident:
gez. Ebert.
Der Reichskanzler:
gez. Fehrenbach.

Wir werden zu dem Streik und seiner Führung noch eingehende kritische Stellung nehmen. Heute aber schon muß konstatiert werden, daß die Streiführung durch den kommunistischen Sekt es zumeist gebracht hat, die streikenden Elektrizitätsarbeiter zu isolieren und dieser Lohnbewegung in den Augen der breiten Öffentlichkeit den Schein eines kommunistischen Putches und einer Revolutionswache zu geben. Wird das von der gesamten Bourgeoisie rücksichtslos zu einer gefährlichen Stimmungsmache gegen die Arbeiterschaft ausgenutzt, so kann aber auch kein Zweifel darüber bestehen, daß der allergrößte Teil der organisierten Arbeiterschaft diese Streikmethoden und diese Streiführung für unheilvoll hält. Nur die demagogische Skrupellosigkeit und Verantwortungslosigkeit der Kommunisten ist imstande, die Bewegung für ihre Fraktionsinteressen auszunutzen und ihr Parteipöppchen daran wärmen zu wollen.

Nur infolge dieser durch das törichte Vorgehen der Kommunisten erreichten Stimmung der Öffentlichkeit konnte es der Reichspräsident und die Regierung unternehmen, auf Grund der Ausnahmemaßnahmen der Reichsverfassung, die Verordnung zu erlassen, die das Streikrecht stark einschränkt und Gefängnisstrafen für diejenigen festsetzt, die zum Streik auffodern, bevor der Schlichtungsausschuß den Schiedsspruch gefällt hat.

Es zeigt sich wieder, daß die Regierung sehr schnell vorgeht, wenn es sich um Arbeiter handelt, dieselbe Re-

An unsere Leser!

Infolge der Stilllegung der Elektrizitätswerke konnte die „Freiheit“ einige Tage lang nicht erscheinen. Es ist uns nunmehr gelungen, die Schwierigkeiten der Inbetriebsetzung unserer Maschinen zu überwinden. Wir sind jetzt in der Lage, unser Blatt regelmäßig herausgeben zu können, ohne Rücksicht auf den Stand des Elektrizitätsstreiks. Unseren Lesern wird die „Freiheit“ in Zukunft regelmäßig und pünktlich zugestellt werden. Wir hoffen, daß sie Verständnis für unsere schwierige Situation haben und ihrem Blatte wie bisher die Treue halten werden.

Redaktion und Geschäftsleitung der „Freiheit“.

gierung, die alle Energie vermissen läßt, wenn es sich zum Beispiel um Agrarier handelt, die die Lebensmittellieferungen sabotieren. Vor allem aber war der Erlaß dieser Verordnung überflüssig und schädlich in einem Momente, in dem die neuerlichen Verhandlungen zur Erwartung berechtigten, daß dieser Streik endlich seinen Abschluß findet. Dieser Abschluß ist dringend nötig im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung und wir erwarten bestimmt, daß auch die Elektrizitätsarbeiter dies, unbeschadet des verantwortungslosen Treibens kommunistischer Elemente, einsehen und danach handeln werden!

Der Streik der städtischen Arbeiter

Am Sonnabend früh wurde die Berliner Bevölkerung von dem Streik eines Teils der städtischen Arbeiter überrascht. Er trat nach außen hin insofern in die Erscheinung, als der Straßenbahnverkehr vollkommen ruhte. Diese Tatsache war darauf zurückzuführen, daß die Arbeiter der Elektrizitätswerke in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend in den Streik getreten waren, Strom und Licht waren aus dem Weststadtkreis ausgeschaltet, alle Folgen machten sich bald sehr fühlbar.

Was war der Grund?

Die Arbeiter der städtischen Betriebe waren vor einiger Zeit an den kommunizistischen Magistrat herangetreten wegen Erhöhung ihrer Löhne. Neue Tarife waren eingereicht. Der kommunizistische Magistrat glaubte aber, neue Ausgaben, die der neuen Stadtgemeinde zur Last fallen, nicht machen zu können, sondern dem neuen Magistrat überweisen zu sollen. Es wurde daher eine Verlängerung des Tariffs bis 31. Oktober erstrebt, um dann dem neuen Magistrat freie Hand zu lassen. Durch die Verzögerung des Inkrafttretens Groß-Berlins konnte aber der neue Magistrat nicht eingeführt werden und es wurde nun von den Arbeitern kategorisch verlangt, daß endlich die Tariffrage eine Regelung erfahre. Daraufhin trat der kommunistische Magistrat trotz seiner Bedenken in die Beratung des neuen Tariffes ein. In den Verhandlungen legte der Stadtkämmerer ganz eingehend die Finanzlage der Stadt Berlin dar, und kam zu dem Schluß, daß sie jetzt, selbst bei dem besten Willen der städtischen Ratspersonen, diese neuen Ausgaben nicht zulasse.

Nach den Bestimmungen des Tarifvertrages soll in solchen Fällen die sogenannte Große Deputation zusammentreten, um zu einem Schiedsspruch zu kommen. Diese Deputation besteht aus Vertretern aller Parteien im Ratshaus unter Hinzuziehung von Magistratsmitgliedern. Der Oberbürgermeister veranlaßte den Sa-

lontentritt dieser Deputation an Mitgliedern der neuen Stadtverordnetenversammlung. Nach eingehenden Verhandlungen kam dieses Einigungsamt zu dem Ergebnis, zunächst den Magistrat zu ersuchen, über die Deckungsfrage zu beraten, um zu sehen, ob nicht irgend ein Weg vorhanden sei, um den Arbeitern in irgend einer Form entgegenzukommen. In der am Freitag stattgefundenen außerordentlichen Magistratsitzung wurde in diese Richtung eingetreten, ob überhaupt ein gangbarer Weg für ein Einigkommen möglich sei. Von den Vertretern der Werke wurde die Lage der einzelnen Betriebe dargelegt und ausgeführt, daß eine auch nur mäßige Zulage ohne weiteres dazu führen müßte, eine Erhöhung der Tarife für Gas, Wasser, Elektrizität und Straßenbahn vorzunehmen. Am Freitag abend trat das Einigungsamt erneut zusammen und schloß den in unserer Sonnabendnummer mitgeteilten

Schiedsspruch.

Der Schiedsspruch steht für Gas-, Elektrizitäts- und Wasserarbeiter eine Erhöhung des Stundenlohnes um 50 Pf., für die anderen Arbeiter und Bauhilfskräfte eine Erhöhung um 20 Pf. vor und macht noch Ausnahmen für Jugendliche und Kofarbeiter. Weiter erklärte sich der Schiedsspruch für Aufhebung der Schwerkrafttarife. Die Aufwendungen für diese Zulagen betragen etwa 90 Millionen Mark. Für die einzelnen Arbeiter bedeutet diese Zulage natürlich bei den heutigen Zeitverhältnissen nicht das, was sie glauben verlangen zu können, für die Stadt aber bestand keine andere Möglichkeit, als diese Ausgabe von der Gesamtbevölkerung durch Erhöhung der Tarife zu erheben.

Die Elektrizitätsarbeiter glaubten sich benachteiligt, weil nach dem Tarif die ihnen bisher gewährten Vergünstigungen in Fortfall kommen sollten. Der Schiedsspruch wurde am späten Nachmittag gefällt, und sofort nahmen die Elektrizitätsarbeiter eine Abstimmung vor, die zur Ablehnung des Spruches und zum Eintritt in den Streik führte. Noch in der Nacht zum Sonnabend wurde die Arbeit eingestellt.

Am Sonnabend kamen von allen Seiten die Nachrichten, daß auch andere Arbeiterkategorien den Spruch ablehnten und in den Ausstand traten, vor allem waren es Gasarbeiter bestimmter Werke, so Charlottenburg und Schmargendorf. Da die Gefahr bestand, daß die Rotstandsarbeiten nicht ausgeführt werden würden, wurde den Betriebsdirektoren aufgegeben, den Arbeitern nahe zu legen, um Gefahren zu vermeiden, die Rotstandsarbeiten von den Arbeitern selber vorzunehmen zu lassen.

In den Elektrizitätswerken wurden Rotstandsarbeiten nicht gemacht.

Das führte zu lebhaften Hilferufen von allen Seiten, insbesondere riefen die Krankenhaus-Direktoren dringend um Hilfe. Auch die Pumparbeiten an der Nord-Südbahn konnten nicht weitergeführt werden, und die Gefahr des Einsturzes von Häusern entstand, die durch das steigende Wasser untergraben wurden.

Am Sonnabendnachmittag trat das Einigungsamt erneut zusammen, um zu der Auslegung des Spruchs für die Elektrizitätsarbeiter Stellung zu nehmen. Es kam zu dem Ergebnis, daß die Elektrizitätsarbeiter ihre 8%, und die Aufschläge für Sonntags- und Nacharbeit behalten sollten bis zum Abschluß eines neuen Tariffs. Im übrigen aber wurde in eine neue materielle Bewertung des Spruchs nicht eingetreten, was wiederum bei den zu den Verhandlungen nicht hinzugezogenen Vertretern der Arbeiter starke Verwirrung auslöste. Es wurde anheimgestellt, eventuell das Reichsarbeitsministerium anzurufen.

Inzwischen hatte sich auch die Reichsregierung und das preussische Ministerium mit der geschaffenen Lage befaßt. Es wurde zunächst kategorisch die Aufnahme der Rotstandsarbeiten verweigert. Vom Reichsstatistikamt wurde ein Plan vorgelegt, nach welchem eine Reihe öffentlicher Anstalten und Gebäude mit Strom und Licht versorgt werden müssen, vor allem alle Krankenhäuser, die Museen, das Rathaus, Polizeipräsidium, die Pumpwerke der Nord-Südbahn und die Bahnhöfe. Nach am Sonnabend nach Schluß der Sitzung des Einigungsamtes wurde über die Aufnahme der Rotstandsarbeiten beraten. Das Ergebnis war, daß die Vertreter der Arbeiter sich bereit erklärten, die Aufnahme dieser Arbeiten zu empfehlen. Am Sonntag Morgen beschloßen die Elektrizitätsarbeiter, diesem Ersuchen nachzukommen, um zu vermeiden, daß der

in Aussicht gestellte Belagerungszustand über Berlin

verhindert werde. Die im Kraftwerk Moabit eingezogene Technische Rothilfe mußte sofort den Betrieb verlassen. Wenn einige bürgerliche Blätter am Montag früh der Rothilfe Dank sagten, so ist das nur eine schöne Geste, denn die Rothilfe konnte im Kraftwerk Moabit gar nichts tun. Am Sonntag Nachmittag waren die Rotstandsarbeiten im Gange. Es sind seitdem fortwährend Verhandlungen geführt worden, die aber bisher kein Ergebnis gezeigt haben. Der Streik der Elektrizitätsarbeiter geht weiter, ihm haben sich auch aus Sympathie die Straßenbahner angeschlossen.

Unter den städtischen Arbeitern und Angestellten war am Montag ein Urabstimmung darüber vorgenommen worden, ob allgemein

Heute Zahlabend in Groß-Berlin!

Der Streik verhandelt werden sollte. Die für den Streik erforderliche Zweidrittelmehrheit kam dabei nicht zustande. Die Elektrizitätsarbeiter verharren trotzdem weiter im Streik und erklärten, daß die Abstimmung für sie nicht verbindlich sei. Heute vormittag fand eine vom Zentralverband der Maschinen- und Feinwerkzeughersteller unterstützte Versammlung der Elektrizitätsarbeiter statt, die sich mit dem Streik befaßte. Das Ergebnis dieser Sitzung war bei Schluß des Vortages noch nicht bekannt.

Gegen den Leiter des Elektrizitätsstreiks S. H. L., der einer der kommunistischen Parteien angehört, soll ein Haftbefehl erlassen worden sein, und zwar auf Grund verschiedener strafbarer Verfehlungen, die S. H. L. sich schon vor dem Ausbruch des Streiks habe zuschulden kommen lassen. Dieser Haftbefehl dürfte nicht geeignet sein, die Stimmung zu beruhigen, denn selbst, wenn er auf Grund angeblicher anderer Verfehlungen erlassen worden sein sollte, so werden die Elektrizitätsarbeiter ihn in diesem Augenblick als gegen ihre Bewegung gerichtet ansehen.

Nachdem schon am Sonntag die Arbeiter des Gaswerks in Charlottenburg den Streik beschlossen und seitdem aus Notstandsarbeiten ausgeführt hatten, sind gestern auch die Arbeiter des Gaswerks in Regel in den Streik getreten. Für heute Vormittag sind Betriebsversammlungen angesetzt in denen über die Wiederaufnahme der Arbeit beraten werden soll.

Eine offizielle Meldung

Berlin, 9. November.
Die Verhandlungen zwischen der Direktion der Städtischen Elektrizitätswerke und der Ausstandsleitung sowie den Organisationsvertretern sind heute abend abgebrochen worden und sollen morgen vormittag fortgesetzt werden. Die Lage ist demnach unverändert. Wann die Arbeit wieder aufgenommen wird, steht noch dahin.

Soweit es sich um die wirtschaftlichen Forderungen der städtischen Arbeiter handelt, ist ein Ende nicht abzusehen. Die Stadt Berlin hat mit dem neuen Berlin große Lasten übernommen. Sie ist ausgepreßt wie eine Zitrone und kann beim allerbesten Willen neue Lasten nicht auf sich nehmen, wenn sie nicht zusammenbrechen will. Die Arbeiter dagegen befinden sich infolge der Leuerungsverhältnisse in bedrängten Verhältnissen, die sie mit der gesamten Arbeiterschaft teilen müssen. Die Stadt allein kann da nicht helfen, so sehr sie auch möchte. Im Magistrat und in Stadtverordnetenkreisen wird dieser Auffassung bei jeder Gelegenheit Ausdruck gegeben und es wird allgemein gesagt, die neue Stadtgemeinde müsse wenigstens einige Monate Ruhe haben, um die Finanzen überhaupt auch nur überschauen zu können. Man wolle dann bei aller angestrengtesten Sparsamkeit und Ausnutzung aller technischen Vorbereitungen versuchen, ob man dann den Arbeitern weiter entgegenkommen könne. Aber schon die jetzt bewilligte Zulage belaste die breiten Massen der Bevölkerung auf schwerste. Eine Erhöhung des Gaspreises als Folge der kleinen Lohnerhöhung treffe weite Kreise, die vielfach geringeres Einkommen haben, als der größte Teil der städtischen Arbeiter. Der Straßenbahntaxi muß, um die Lohnerhöhung, auch die, die am 1. Oktober eingetreten ist, einzubringen, am 15. November auf 80 Pfennige, vom 1. Januar ab auf 1 Mark festgesetzt werden. Noch höher zu gehen, könne man vor der Bevölkerung nicht mehr verantworten, da die Tarife heute schon kaum erschwinglich sind.

Die bürgerliche Presse entstellt die Vorgänge in der unglaublichen Weise, aber sie verhehlt auch nicht eine gewisse Schadenfreude. Sie weist darauf hin, daß jetzt die neue Stadtgemeinde ins Leben trete und daß der neue Magistrat einen netten Empfang bekomme, das sagt dieselbe Rechtspresse, die alles getan hat, um dem neuen Berlin die größten Schwierigkeiten zu bereiten. Insofern hat die Bewegung der städtischen Arbeiter auch eine ernste politische Seite. Tatsächlich wirkt der Streik gegen die neue Stadtgemeinde. Sie kann, weil sie sich schon bei ihrer Entstehung vor immer neuen Schwierigkeiten sieht, nicht zum Leben kommen. Soll sie das aber, so braucht das neue Berlin die Hilfe aller Arbeiter, vor allem die der städtischen Arbeiter. Ohne sie kann der neue Magistrat überhaupt nicht in Tätigkeit treten. Es wäre eher erwünscht gewesen, wenn die Arbeiterschaft gelegentlich des Attentats der preussischen Reaktion auf das sozialistische Groß-Berlin den Fehdehandschuh gegen die Reaktion aufgenommen und ihr gezeigt hätte, was eine Parze ist. Dieser Kampf kam leider nicht zur Entwicklung. Der jetzige Streik aber wendet sich gegen die sozialistische Arbeiterbewegung Groß-Berlins, gegen die eigenen Klassengenossen und schwächt die Stellung unserer Vertreter. An dem Unerwünschten der neuen Stadtgemeinde, alle Wünsche der städtischen Arbeiter zu erfüllen, würden auch politische Arbeiter nichts ändern.

Kein Generalstreik!

In den letzten Tagen waren in der Stadt Plakate angebracht worden, die von „politischen Arbeiterräten“ der U.S.V., der A.P.D. und der K.V.D. unterzeichnet waren und in denen zur Unterstützung des Streiks der Elektrizitätsarbeiter zum Generalstreik aufgefordert wurde. Diese Aufforderung zum Generalstreik ist nichts weiter als ein großer Anflug, der von einigen verantwortungslosen Leuten verübt wird. Die Arbeiterschaft hat das auch sofort erkannt, der Aufforderung des Plakates ist nirgends Folge geleistet worden. Selbst die Kommunisten rücken von diesem Anflug ab. Ernst Däumig und Adolf Hoffmann erlassen einen Aufruf, worin sie erklären, daß sie sich mit der Generalstreikparole im gegenwärtigen Augenblick nicht identifizieren.

Die Zentrale der Betriebsräte erläßt in der heutigen Nummer der „Roten Fahne“ einen Aufruf, in dem die Arbeiterschaft Groß-Berlins zur „erhöhten Aufmerksamkeit“ aufgefordert

wird. Beim ersten Versuch der Staatsgewalt, in den Streik der Elektrizitätsarbeiter einzugreifen, müsse die Arbeiterschaft ihrerseits auf den Plan treten. Die Betriebsrätezentrale, die nichts anderes als eine Filiale der kommunistischen Partei darstellt, hat kein Recht, im Namen der Arbeiterschaft zu sprechen. Wenn es sich darum handeln sollte, die Arbeiterschaft zu einer gemeinsamen Aktion aufzurufen, so werden die für solche Aufgaben geschaffenen Organisationen das Notwendige tun. Auf die Parolen verantwortungsloser kommunistischer Personen zu hören, hat die Arbeiterschaft keinen Anlaß!

Wie die „Freiheit“ sabotiert wurde!

Bei den Verhandlungen zwischen den Vertretern der Elektrizitätsarbeiter und der Stadtverwaltung war zugelagt worden, daß das Erscheinen der Arbeiterpresse gestiftet werden sollte. Gestützt auf dieses Versprechen, bemühte sich die Geschäftsleitung der „Freiheit“, die Streikleitung der Elektrizitätsarbeiter zur Herstellung eines Notanschlusses zu veranlassen. Montag vormittag begab sich zwei Vertreter der „Freiheit“ in das Bureau der Streikleitung. Es war nicht leicht, die verantwortlichen und bestimmenden Personen zu sprechen. Soweit Mitglieder der Streikleitung zugegen waren, verhielten sie sich ziemlich reserviert, und es fiel die Bemerkung, daß das Versprechen der Versorgung mit Strom wohl für Arbeiterblätter gelte, die „Freiheit“ aber zähle nicht mehr dazu. Sie habe in der vorigen Woche einen Artikel gebracht, der sich gegen die städtischen Arbeiter richtete. Gemeint ist wahrscheinlich eine Notiz in unserer Ausgabe vom vorigen Donnerstag, in der in sachlicher Weise über die Verhandlungen der städtischen Arbeiter mit der großen Deputation berichtet wurde. Wenn unsere Kritiker in der Streikleitung diese Notiz gelesen hätten, dann würden sie wohl kaum die Auffassung gewonnen haben, daß sie sich gegen die städtischen Arbeiter richtete.

Während noch die Vertreter ihre Verhandlungen führten, führte ein Mann herein und rief: „Warum wird denn der Anschlag für die Rische Druckerei nicht ausgeführt? Wir haben eine Menge wichtiger Parteifachen zu drucken und uns ist es doch versprochen worden, daß wir zu diesem Zweck Strom bekommen sollen.“ Ein Mitglied der Streikleitung erklärte, daß dieser Anschlag bereits ausgeführt werde; wenn der Bote wieder in die Druckerei käme, werde wohl schon gearbeitet werden. Ein anderes Mitglied der Streikleitung, dem diese Auseinandersetzung offenbar unangenehm war, sprach auf die beiden ein, sie sollten doch mit Hinblick auf die Unwesenheit der Vertreter der „Freiheit“ leiser reden. Bei den „wichtigen Parteifachen“ handelte es sich um Angelegenheiten der Kommunisten, die also bei der Streikleitung der Elektrizitätsarbeiter liebvolles Vorzug genießen, wogegen in den Augen dieser Leute das Blatt der Unabhängigen Sozialdemokratie kein Arbeiterblatt mehr ist.

Schließlich gingen zwei Vertreter der Streikleitung durch die der „Freiheit“ druckerei benachbarten Straßenviertel, um nach den in dieser Gegend arbeitenden Elektrizitätsarbeitern zu forschen und bei ihnen zu untersuchen, ob die Ausrichtung eines Notanschlusses möglich sei. Da sie bis zum späten Nachmittag keinen Bescheid gaben, so ging ein Vertreter der Geschäftsleitung der „Freiheit“ wiederum in das Bureau der Streikleitung. Man zeigte ihm auch jetzt die falsche Schalter. Es wurde ihm, wenn auch nicht offiziell, so doch von mehreren Mitgliedern der Streikleitung erklärt, daß die Elektrizitätsarbeiter gar kein Interesse an Erscheinen der „Freiheit“ haben, da wir ihnen doch nur Knäppl zwischen die Beine werfen würden. Die Stromzuführung wurde endgültig abgelehnt.

Es genügen nach diesen Darlegungen folgende Feststellungen: Die bürgerliche Presse kann fast unbefränkt erscheinen und alles das in voller Breite bringen, was zu Ungunsten der streikenden Arbeiter spricht. Auch die kommunistische Presse wird von der Streikleitung mit Strom versorgt, denn es ist außerordentlich wichtig, daß die „Parteisachen“, also die der Kommunisten, durch den Streik keinen Schaden erleiden. Nur die „Freiheit“, das Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie, das Blatt der großen Mehrheit der Berliner Arbeiterschaft, soll sabotiert werden. Wie das Wiedererscheinen der „Freiheit“ zeigt, sind aber diese kommunistischen Anstrengungen vereitelt worden.

Das alles ist ein lehrreiches Beispiel dafür, wie die Kommunisten, wo sie bei einer Aktion zu bestimmen haben, den Kampf gegen die Reaktion, gegen den Kapitalismus führen!

Die Revolutionsfeier in Berlin

Die Parole der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften, den 9. November durch Arbeitsruhe zu feiern, hatte gestern zu einer fast völligen Einstellung der Arbeit in den Betrieben und Verkehrsinstitutionen geführt. Es wurde lediglich in einer Anzahl der mittleren und kleinen Betriebe gearbeitet und von den Verkehrsinstitutionen hatte nur die Stadt- und Ringbahn nicht den Verkehr eingestellt. Überall strömten die Arbeiter in großen Massen zu den am Vormittag festgesetzten Versammlungen. Die von unserer Partei in Berlin und Vororte abgehaltenen 26 Versammlungen waren durchweg glänzend besucht. In kampferfreudiger Stimmung verließen die Massen die Versammlungen, neu gestärkt durch das Bewußtsein des gemeinsamen Kampfes für die Ziele der deutschen proletarischen Revolution.

Einen ausführlichen Bericht über die Versammlungen geben wir morgen. Für heute sei lediglich festgesetzt, daß der durch Wolff verbreitete Bericht über den Mißerfolg der Revolutionsfeier den Tatsachen nicht entspricht und eine tendenziöse Stimmungsmache darstellt. Es beruht eigentümlich, daß die neokommunistische „Internationale“ auf diesen falschen Bericht hereinfallen ist, und triumphierend erklärt, die Revolutionsfeier habe in Berlin „einen geradezu unglaublichen Verlauf genommen.“ — Komische Revolutionsäre, die sich darüber freuen, daß — wie sie annehmen — eine Revolutionsfeier mißlungen sei!

Die Neuwahlen in Preußen

Der 26. Ausschuss der preussischen Landesversammlung beschloß am Sonnabend grundsätzlich, gegenwärtig von der Einstellung neuer, kleiner Wahlkreise Abstand zu nehmen, dafür die Wahlkreisverteilung der letzten Reichstagswahl zugrunde zu legen unter Aufschaltung der nicht preussischen Gebiete. Dadurch verbleiben 23 Wahlkreise, die zu 9 Verbandswahlkreisen vereinigt werden sollen. Diese sind: 1. Ostpreußen und Pommern, 2. Berlin und Potsdam II, 3. Potsdam I und Frankfurt a. O., 4. Breslau, Posen und Oppeln, 5. Magdeburg, Merseburg, Elbert und Schmalkalden, 6. Schleswig-Holstein, Mecklenburg, Ost- und Süddänemark, 7. Westfalen-Nord und Westfalen-Süd, 8. Hessen-Nassau, Köln-Rhein, Coblenz-Trier, 9. Düsseldorf-Deister.

Der Ausschuss beschloß die Zahl der Wähler, auf die ein Abgeordneter entfällt, auf 40.000 festzusetzen, bei der Reichstagswahl betrug sie 80.000. Ferner wurde die grundsätzliche Frage noch entschieden, daß für die Landesliste dieselbe Bestimmung Geltung haben soll wie bei der Reichstagswahl, daß höchstens die gleiche Zahl von Sitzen zugewiesen werden soll, die auf die angeschlossenen Kreiswahlbezirke entfallen sind.

Nur eine Besprechung

Herr Dezmes läßt erklären, daß eine von ihm in Aussicht genommene Beratung mit den Ernährungsministern der Länder um einige Wochen verschoben werden muß. Diese Beratung soll eine gründliche Aussprache über die Ein- und Ausfuhr von Fleisch und über die Getreidebewirtschaftung, insbesondere die von Hafer und Gerste, über die Schmalzbewirtschaftung, sowie über die Wirkung der Anhebung der Zwangswirtschaft für Fleisch, die Vieh- und Fleischpreise und den Stand der Fleischversorgung umfassen. Ein sehr löblicher Plan! Erst wird die Ernährungswirtschaft zugrunde gerichtet, dann arrangiert man Besprechungen, in denen leeres Stroh gedroschen wird, im übrigen aber alles beim alten bleibt. Die Arbeiterschaft hat es sich längst abgewöhnt, von solchen Besprechungen irgend eine Einwirkung auf die Ernährungsverhältnisse zu erwarten.

Gemeinderatswahlen in Jena. Durch die am Sonntag stattgefundenen Gemeinderatswahlen, in der die Hälfte der Gemeinderatsmitglieder neu gewählt wurde, ist die bisherige sozialdemokratische Mehrheit gestürzt worden. Der Gemeinderat setzt sich jetzt wie folgt zusammen: Bürgerliche Fraktion 16 Mandate (im Vorjahr 12), Demokraten 6 Mandate (im Vorjahr 7), Mehrheitssozialdemokraten 14 Mandate (im Vorjahr 16), Kommunisten und Kommunisten fünf Mandate. Die rechte U.S.V. hat kein Mandat errungen. Sie hatte vor der Spaltung der Partei fünf Sitze inne, während die Kommunisten im Rathaus bisher nicht vertreten waren. — Der Mißerfolg unserer Partei erklärt sich ganz einfach aus dem Fehlen jeglicher Organisation, die durch die Spaltungsarbeit der Kommunisten in Jena zertrümmert wurde.

Verhaftung von drei ausländischen Sozialisten in Paris. Wie der „Populaire“ mitteilt, sind drei ausländische Delegierte, die zu einer Konferenz der sozialistischen Jugendorganisation nach Paris gekommen waren, verhaftet worden. Sie wurden des Komplotts gegen die innere Sicherheit des Staates bezichtigt. Die Verhafteten sind der Schweizer Delegierte Fritz Sulzbacher, der italienische Delegierte Gino de Marchi und der serbische Delegierte Wenzeslaus Boiwitsch.

Vermittlung im französischen Bergarbeiterkonflikt. Der französische Arbeitsminister hat beschlossen, die Vertreter der Grubenbesitzer und der Bergarbeiter zu sich zu berufen, um in der Frage der Lohnerhöhung der Bergarbeiter zu vermitteln.

Die Zusammenziehung des amerikanischen Repräsentantenhauses. Nach einer Havasmeldung aus New York setzt sich das Repräsentantenhaus wie folgt zusammen: Republikaner 298, Demokraten 198, Sozialisten 1, andere Parteien drei. Die Republikaner haben einundsechzig Sitze gewonnen.

Groß-Berlin

Ablehnung des Schiedspruches durch die nichtständigen Magistratsangehörigen

Die nichtständig Angestellten des Groß-Berliner Magistrats haben den Schiedspruch des Einigungsamtes mit 16.988 gegen 847 Stimmen, bei 76 gesplitterten Stimmen, abgelehnt. Die Tarifkommission hat das Resultat dem Magistrat unterbreitet und bis Dienstag früh 10 Uhr entgeltigen Bescheid verlangt, ob der Magistrat erneut verhandeln will. Werden die neuen Verhandlungen abgelehnt, so wird in den Betrieben eine Urabstimmung über den Streik stattfinden.

Die Tarifkommission:
Riß, Buxlard, Hochschild, Berner.

Betriebsräte! Diejenigen Betriebsräte, welche an der am Mittwoch, den 10. November, stattfindenden Generalversammlung der Betriebsrätezentrale teilnehmen und auf dem Boden der U.S.V. (Crispian-Ledebour) stehen, treten nachmittags 5 Uhr, in den unteren Räumen der Vorassale, Adelerstr. 6-7, zu einer Fraktionsbesprechung zusammen. Pünktliches Erscheinen ist Pflicht.

U. Vork. Tegel. Meldestellen befinden sich zur Eintragung in die Ausgesparten-Listen in folgenden Lokalen: 1. Tegel: Sehnardt, Berliner Str. 2. Moabit: Mary, Oldenburger Str. 10. 3. Schöneberg: Christianiastr. 118a. 4. Wilmersdorf: Kappeler, Ecke Friedenstraße. 5. Friedenstraße, Müllerstr. Ecke Osner Str. 6. Reinickendorf: Volkshaus, Scharnweberstr. 114. 7. Majewski, Adelerstr. 45. 8. Wedding: Rauscher, 6. Die Kollegen haben sich dort täglich in der Zeit von 10-2 Uhr zur Kontrolle zu melden. Der Betriebsrat.

Arbeiter-Gängerbund. Diejenigen Vereine, welche auf oppositionellem Boden stehen, werden ersucht, zu einer Besprechung am Sonntag, den 14. vormittags 9 Uhr, im Lokal von Hagen, An der Stralauer Brücke 8, einen Vertreter zu entsenden.

Hennigsdorf. Durch die Reichsbetrieblungsbelle gelangen bei dem Kaufmann Herrn Schliebowitz, Berliner Str. 64, 20 Meter Anzugstoff (Meter 20.50 Mt.), bei dem Kaufmann Herrn Langner, Berliner Str. 27, 50 Meter Raffoleinen (Meter 24.50 Mt.) an bliesige Bewohner zum Verkauf. Bezugshaine werden im Rathaus, Zimmer Nr. 11, ausgestellt.

Voraussetzliches Wetter für Berlin und Umgebung am Donnerstag. Bräweweis etwas neblig, sonst größtenteils trocken und vielfach heiter, bei mäßigen südwestlichen Winden. Nacht wieder ziemlich kalt, in den Mittagsstunden milde.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Kabisch Berlin. Verantwortlich für den Verlagsanteil: Ludwig Kerschütz, Karlshorst. Verlagsgemeinschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der „Freiheit“ Druckerei G. m. b. H., Berlin G. 7, Fehle Straße 5/6.

Deutscher Metallarbeiter-Verein
Bermaltinstelle Berlin N. 54, Amienstr. 83-85
Tel. 1911 von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1230, 1957, 9714.

Donnerstag, den 11. November 1920, abends 5 Uhr,
Branchenversammlung
der Metall- und Revolvermacher sowie Dreherinnen
im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15 (Saal 1).
Tagesordnung: 1. Wirtschaftliche und Arbeitslosigkeit. Referent: R. H. G. 2. Preisfrage. 3. Branchenangelegenheiten. 4. Berichtsbüro.
Die Arbeitstufen der Branche sind hiermit besonders eingeladen.

Am Donnerstag, den 11. November 1920, abends 7 Uhr,
im Sitzungssaal, Amienstraße 83-85
Versammlung
aller Vertrauensleute, Betriebsräte sowie Monteur u. Helfer der Eisenkonstruktions-, Fahrstuhl- und Signalbautriebe.
Die Vertrauensleute treffen sich eine Stunde früher in demselben Lokal.
Die Ortsverwaltung.